

## ZDH-Betriebsbefragung

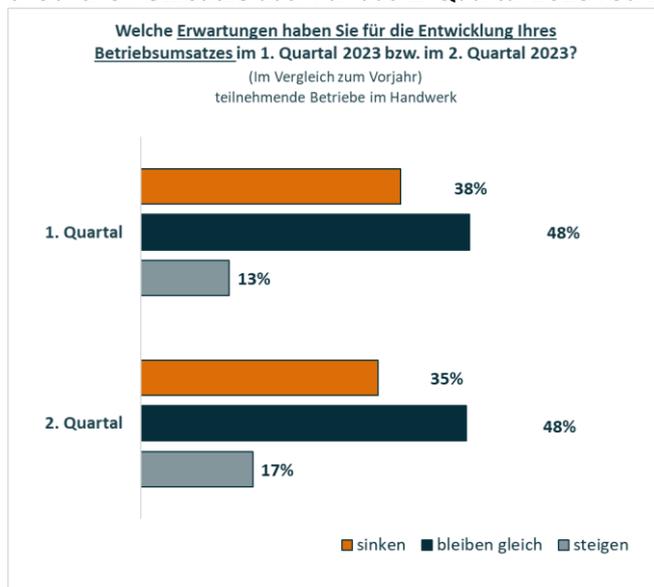
# Betriebswirtschaftliche Auswirkungen der aktuellen Krisensituation

Gemeinsam mit den Handwerkskammern und den Fachverbänden des Handwerks hat der ZDH die Handwerksbetriebe zu den Auswirkungen der multiplen Krisensituationen befragt. Die Betriebsbefragung wurde vom 13. bis zum 26. Februar 2023 durchgeführt. Insgesamt haben sich 2.339 Handwerksbetriebe beteiligt.

Berlin, 02.03.2023

## Schwieriger Ausblick bis zum Sommer

Das aktuelle Umfeld gestaltet sich für viele Handwerksbetriebe weiterhin herausfordernd. Gestiegene Finanzierungskosten und hohe Materialkosten sowie anhaltend hohe Preisinflation und Kaufkraftverluste spiegeln sich zunehmend in den handwerklichen Umsätzen wider und bleiben absehbar eine Hypothek für die wirtschaftliche Entwicklung im Handwerk. Für die 1. Jahreshälfte 2023 geht dementsprechend die große Mehrheit der Handwerksbetriebe von einem Rückgang oder bestenfalls einer Stagnation der betrieblichen **Umsätze** aus. Für das 1. Quartal 2023 rechnen 38 Prozent der Betriebe mit

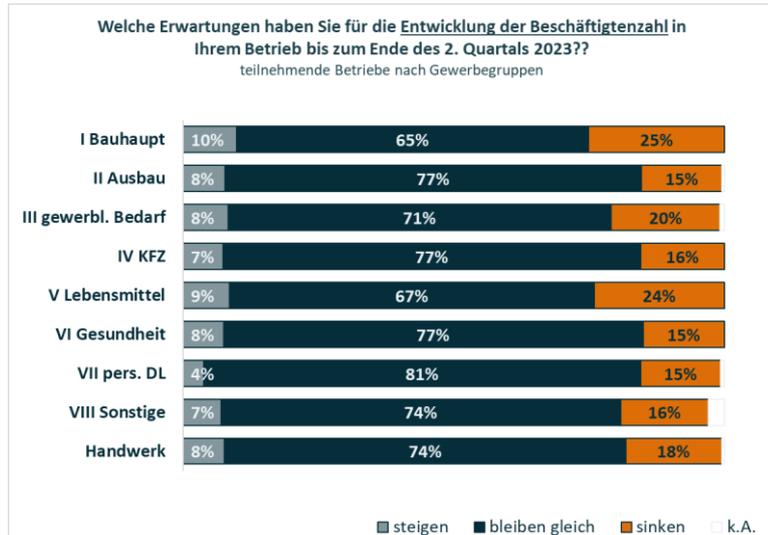


sinkenden und nur 13 Prozent mit wachsenden Umsätzen. Im 2. Quartal droht die übliche Frühjahrsbelebung im Handwerk weitgehend auszubleiben: Für diesen Zeitraum gehen 35 Prozent der Handwerksbetriebe von einem Umsatzrückgang aus, während nur 17 Prozent mit einer Zunahme der betrieblichen Umsätze rechnen. Dabei fallen die Umsatzerwartungen in allen handwerklichen Gewerkegruppen per saldo negativ aus.

Das erwartete Anhalten der Konjunkturabschwächung im Handwerk schlägt auch auf die **Beschäftigungspläne** der Betriebe durch. Bis zum Ende des 2. Quartals 2023 gehen deutlich mehr Betriebe von einer abnehmenden (18 Prozent) als von einer steigenden Belegschaftsgröße aus (8 Prozent). Immerhin 74 Prozent der Betriebe aber auch

Das erwartete Anhalten der

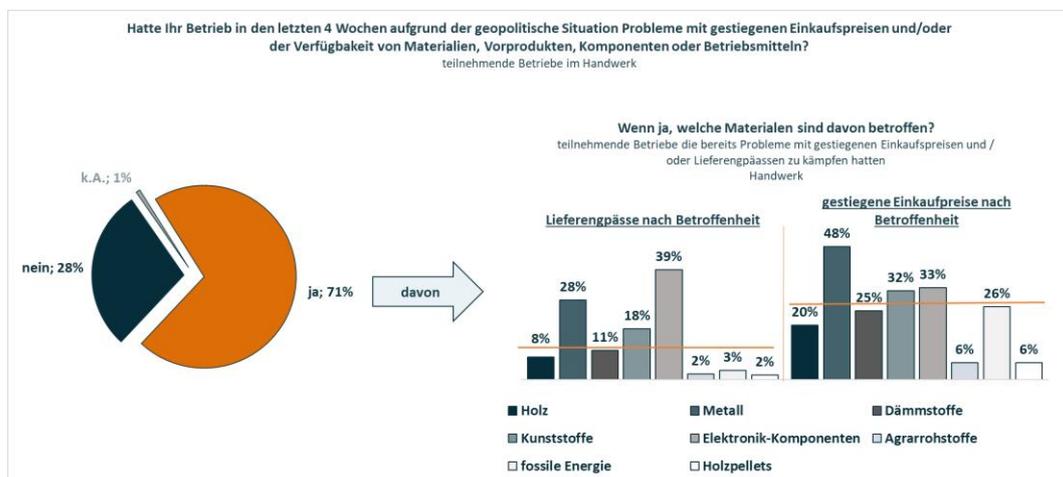
von konstanten Mitarbeiterzahlen im 1. Halbjahr 2023. Da zusätzlich viele offene Stellen im Handwerk voraussichtlich nicht besetzt werden können, weil die entsprechenden **Fachkräfte und Auszubildenden fehlen**, deutet dies auf spürbare Beschäftigungsverluste in den kommenden Monaten hin. Vor allem die Lebensmittel- und die privaten Dienstleistungsgewerke rechnen mit substantiellen Beschäftigungsverlusten – auch weil die Schließung von Filialen oder Verkaufspunkten durch sinkende Kundenfrequenzen notwendig wird. Die einbrechende Wohnungsbaukonjunktur dürfte zudem vor allem in den Bauhauptgewerken zu einer spürbar sinkenden Beschäftigung führen.



## Lieferketten weniger angespannt

Die Betroffenheit im Handwerk von **gestörten Lieferketten und gestiegenen Beschaffungspreisen** geht auf hohem Niveau zurück. Nachdem im November 2022 noch 80 Prozent der Betriebe von diesen Problemen berichteten, waren es zuletzt mit 71 Prozent spürbar weniger. Bei den betroffenen Betrieben führt die hohe Preisdynamik bei den Beschaffungspreisen vor allem dazu, dass **bestehende Aufträge unwirtschaftlich** werden. 68 Prozent geben an, dass sie mit Aufträgen faktisch Verluste erzielen. Bei 66 Prozent der Betriebe kommt es derzeit aufgrund fehlenden Materials und hohen Einkaufspreisen zu **Verzögerungen bei der Erfüllung von Aufträgen oder gar Auftragsstornierungen**.

Die Betroffenheiten in den verschiedenen Handwerksbranchen sind dabei durchaus unterschiedlich. Von unwirtschaftlichen Aufträgen infolge der gestiegenen Beschaffungspreise berichten vor allem die Bauhaupt- (80 Prozent) und die Lebensmittelhandwerke



(78 Prozent). Während Auftragsverschiebungen oder -stornierungen stärker bei den Kfz- (87 Prozent) sowie den Ausbauhandwerken (81 Prozent) auftreten.

Aktuell sehen die Handwerksbetriebe weiterhin besonders häufig **Lieferengpässe** bei Elektronik-Komponenten und Metallen. Davon berichten 39 bzw. 28 Prozent. Eine anhaltend **hohe Preisdynamik** gibt es ebenso bei Metallen (48 Prozent) und Elektronik-Komponenten (33 Prozent), aber auch bei Kunststoffen (32 Prozent).

## Energiekosten steigen auch 2023 weiter

Der starke Anstieg der Öl- und Gaspreise und in der Folge auch der Preise für Strom und Wärme an den Energiemärkten hat **im vergangenen Jahr** bei der großen Mehrheit der Handwerksbetriebe zu einem **Anstieg der Energiekosten** geführt. 77 Prozent der Betriebe berichten, dass ihre Energiekosten im Jahr 2022 gegenüber dem Jahr 2021 angestiegen sind. Dabei lag der Kostenanstieg im Gesamthandwerk im Mittel bei 52 Prozent. Deutlich höher fiel er in den Lebensmittel- sowie den Kfz- und den Handwerken für den gewerblichen Bedarf aus. In der Spitze berichten Handwerksbetriebe aktuell von Energiekostenanstiegen von bis zu 1.000 Prozent im Kalenderjahr 2022.

Mit dem Beginn des **neuen Jahres** wurde der **Anstieg der Energiekosten** in den Handwerksbetrieben **nicht gestoppt**. Viele Betriebe, die im vergangenen Jahr noch über Bestandsverträge mit niedrigen Bezugspreisen für Strom und Erdgas verfügten, müssen seit Januar 2023 mit deutlich höheren Bezugspreisen arbeiten. 51 Prozent der Handwerksbetriebe melden auch für die ersten Wochen des Jahres 2023 einen (weiteren) Anstieg ihrer Energiekosten, wobei der Preisanstieg bei durchschnittlich 54 Prozent lag – in der Spitze bei bis zu 800 Prozent. Von überdurchschnittlich hohen Energiekostenanstiegen sind dabei erneut die Lebensmittel- und die Kfz-Handwerke betroffen.



## Versorgungs- und Kalkulationssicherheit bleibt gefährdet

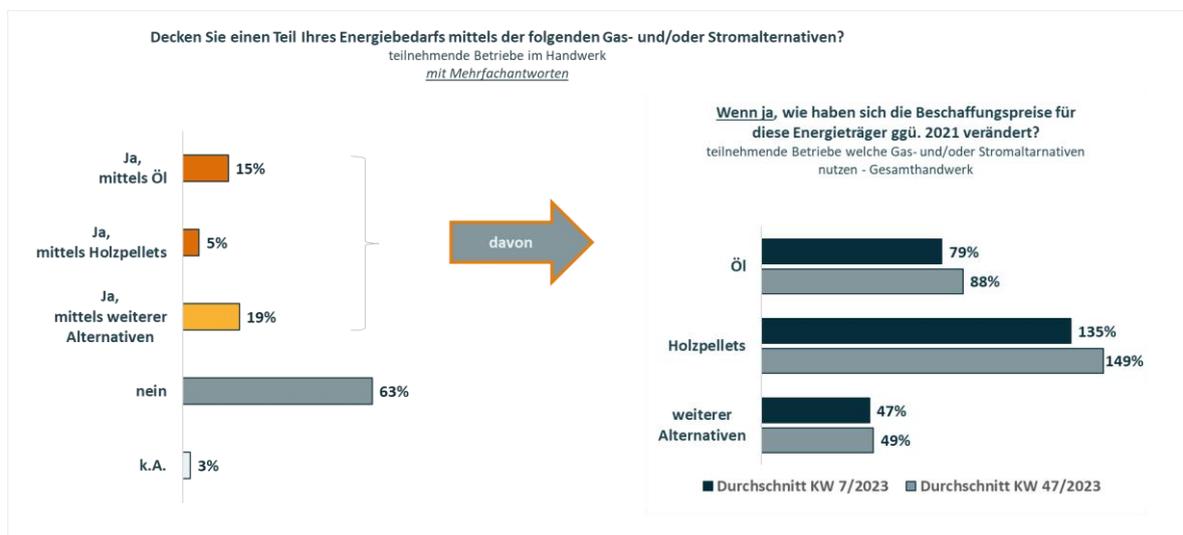
Die höheren Kosten für Einkauf und Nutzung von Strom und Erdgas legen die Energieversorger entsprechend auf die Verbraucher um. Die Handwerksbetriebe berichten, dass viele **Versorgungsunternehmen** zuletzt die **Bezugspreise für Strom und Erdgas erhöht** oder **Verträge gekündigt** haben. Fast zwei Drittel (65 Prozent) der Handwerksbetriebe

melden Preiserhöhungen durch Strom- oder Gasversorger. Im Mittel erhöhten diese die Bezugspreise für Strom um 56 Prozent und für Erdgas um 76 Prozent.

Ein hoher Prozentsatz von Handwerksbetrieben (10 Prozent) ist zudem von **Vertragskündigungen** durch Versorger betroffen. Das hat für beinahe die Hälfte dieser Betriebe weitreichende Folgen für die **Energieversorgungs- oder Kalkulationssicherheit**. Da 28 Prozent der Betriebe, die von Vertragskündigungen berichten, nur einen neuen Vertrag zum tagesaktuellen Preis von ihrem Versorger angeboten bekommen haben, sind die **tatsächlichen Produktionskosten (zukünftig) kaum kalkulierbar**. Bei weiteren 19 Prozent steht gar die Energieversorgungssicherheit insgesamt infrage, da diese bisher noch gar keinen neuen Vertrag für die Belieferung mit Strom oder Erdgas abschließen konnten – hier droht ein **Stillstand der gesamten Produktion**, wenn die alten Lieferverträge enden. 27 Prozent der Betriebe konnten hingegen einen neuen Vertrag mit Festpreisen bei ihrem alten Versorger schließen, während 26 Prozent die Möglichkeit haben, den Versorger zu wechseln.

## Keine Entlastung durch Strom- und Erdgasalternativen

Die (vornehmlich) netzgebundene Belieferung mit Strom oder Erdgas stellt für beinahe zwei Drittel der Betriebe (63 Prozent) die alleinige Energiequelle für die betrieblichen Prozesse dar. Aber immerhin etwa ein Drittel der Handwerksbetriebe nutzt (zusätzlich) **weitere Energieträger zur Energieerzeugung**. Dabei kommt in 15 Prozent der Betriebe **Erdöl** zum Einsatz und in 5 Prozent **Holzpellets**. Zusätzlich nutzen 15 Prozent weitere Alternativen zur Energieerzeugung. Während Ölkessel vor allem in den Kfz-, den Lebensmittel- und den Betrieben für den gewerblichen Bedarf genutzt werden, sind es bei Holzpellets vor allem die Bau- und Ausbaubetriebe. In den Betrieben, die diese Alternativen zu Strom und Erdgas nutzen, decken diese genau die Hälfte des gesamten betrieblichen Energiebedarfs (50 Prozent). Ihre **Nutzung führt allerdings nicht zu einer Entlastung bei den Energiekosten**. Auch wenn die Beschaffungspreise hier zuletzt sanken, melden die Betriebe seit dem Jahresende 2021 einen Kostenanstieg von durchschnittlich 79 Prozent bei Erdöl und sogar von 135 Prozent für Holzpellets - deutlich mehr als bei den Energiekosten insgesamt.



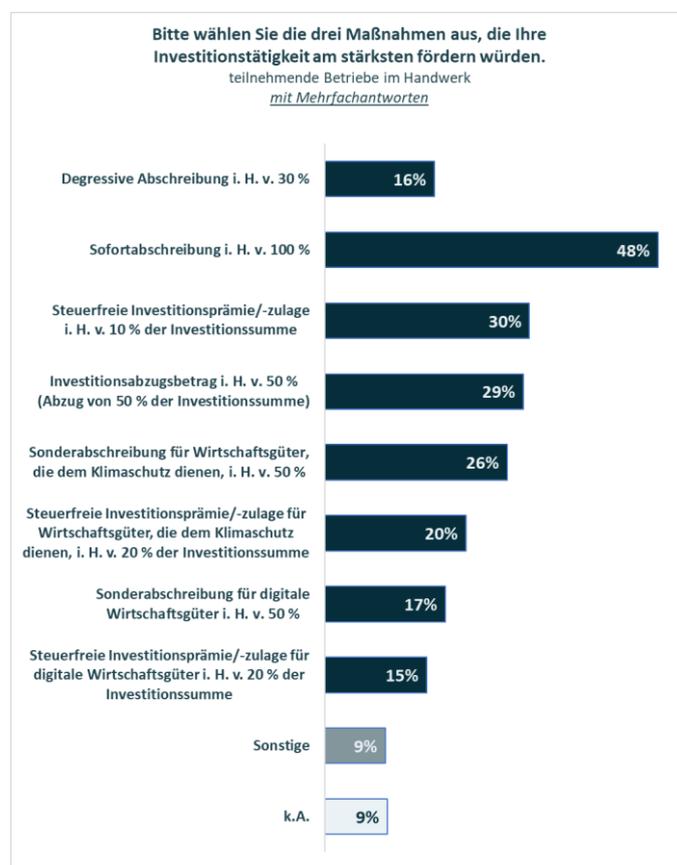
## Liquiditätssicherung braucht weiter hohe Priorität

Die Spotmarktpreise für Strom und Erdgas sind in den letzten Wochen deutlich gefallen. Dennoch fällt die Energiekostenbelastung für die Handwerksbetriebe noch immer deutlich höher aus als vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs und führt weiterhin bei einem hohen Anteil zu einer **angespannten Liquiditätsslage**. Insgesamt ist der Anteil der Handwerksbetriebe, die von Liquiditätsengpässen betroffen sind, noch immer deutlich höher als vor Beginn des Ukraine-Kriegs – auch weil die Weitergabemöglichkeiten für gestiegene Kosten im aktuell schwachen Konjunkturmilieu und durch die sinkende Kaufkraft der Verbraucher eingeschränkt bleiben.

Aktuell berichten 19 Prozent der Betriebe davon, dass die **Energiekostensteigerungen** der letzten Quartale **zu einer angespannten Liquiditätssituation geführt haben**. Die ab März greifenden Preisbremsen für Gas- und Strom sind dementsprechend weiterhin essenziell für den Fortbestand vieler dieser Betriebe. Auch die Härtefallhilfen für besonders betroffene, energieintensive Betriebe müssen jetzt endlich aktiviert werden und den Anspruchsberechtigten schnell und unbürokratisch zufließen. Auch die für viele Güter weiterhin bestehenden **Lieferengpässe** bleiben ein Belastungsfaktor für die betriebliche Liquidität (13 Prozent), weil Aufträge nicht abgeschlossen werden können, für die in vielen Fällen bereits Vorleistungen finanziert werden mussten. Von **liquiditätsgefährdenden Energiekostensteigerungen** sind derzeit vor allem die Lebensmittel- (38 Prozent) und die privaten Dienstleistungshandwerke (27 Prozent) betroffen. **Fehlendes Material und hohe Beschaffungspreise** wirken sich insbesondere in den Kfz- (18 Prozent), den gewerblichen Zulieferer- (16 Prozent) und den Ausbaugewerken (15 Prozent) liquiditätsmindernd aus.

## Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern

Zusätzliche zu den multiplen Krisen müssen die Handwerksbetriebe die Transformationsprozesse hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit/Klimaschutz bewältigen. Die dafür notwendigen **Investitionen** könnte die Politik mit Hilfe entsprechender Rahmenbedingungen **erleichtern**. So benennen 26 Prozent der Handwerksbetriebe Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter, die dem Klimaschutz dienen, in Höhe von



50 Prozent als eine ihrer Top-drei-Prioritäten zur Förderung ihrer Investitionstätigkeit. Sonderabschreibungen für digitale Wirtschaftsgüter in Höhe von 50 Prozent werden von 18 Prozent der Betriebe benannt. Weitere 21 Prozent sehen eine hohe Priorität bei einer steuerfreien Investitionsprämie/-zulage in Höhe von 20 Prozent der Investitionssumme.

Darüber hinaus sollten aber auch die allgemeinen Rahmenbedingungen für Investitionen über Digitalisierung und Nachhaltigkeit/Klimaschutz hinaus verbessert werden. Beinahe jeder zweite Handwerksbetrieb (48 Prozent) würde mehr investieren, wenn für Investitionen eine Sofortabschreibung in Höhe von 100 Prozent der Investitionssumme möglich wäre. 30 Prozent würden dies tun, wenn eine steuerfreie Investitionsprämie/-zulage in Höhe von 10 Prozent der Investitionssumme gewährt würde. Hinzu kommen 29 Prozent, die einen Investitionsabzugsbetrag in Höhe von 50 Prozent als sinnvoll erachten, um dem eigenen Betrieb das Investieren zu erleichtern.

---

**Ansprechpartner:** René Rimpler  
Abteilung: Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik  
+49 30 20619-263  
rimpler@zdh.de · www.zdh.de

**Herausgeber:**  
Zentralverband des Deutschen Handwerks  
Haus des Deutschen Handwerks  
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin  
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter [www.zdh.de](http://www.zdh.de)